

Kriegsalltag und nationale Mobilisierung: Lemberg im Ersten Weltkrieg

von Christoph Mick

1. Einleitung

Die Geschichte des Ersten Weltkrieges ist in den letzten 30 Jahren neu geschrieben worden. Die Erfahrungen der Frontsoldaten, der Umgang mit Krieg und Besatzung auf lokaler Ebene und die Auswirkungen von Kriegen auf Stadt und städtisches Leben gehörten zu den bevorzugten Themen der historischen Forschung.¹ Allerdings konzentrierte sich der Blick auf die Westfront, während der Krieg im Osten vernachlässigt wurde.

Lemberg, die „Stadt der verwischten Grenzen“ (Joseph Roth), ist prädestiniert für eine Untersuchung zu den Auswirkungen von Krieg und Herrschaftswechsel in Osteuropa. Der folgende Essay untersucht, wie sich der Krieg auf das Leben in der Stadt auswirkte. Besatzungspolitik, interethnische Beziehungen und soziale Verhältnisse stehen dabei im Mittelpunkt.

Für die Lemberger bedeutete die 293-tägige russische Besatzung einen fundamentalen Einschnitt in das gewohnte Leben. Das Habsburgerreich hatte jahrzehntelang für Sicherheit und Stabilität gesorgt, und im Frühjahr 1914 deutete nichts darauf hin, dass sich dies in absehbarer Zukunft ändern könnte. Die Inkorporierung Ostgaliziens war 1914 ein wichtiges Kriegsziel des Russischen Reiches. Der Zar wollte damit die Sammlung der Länder der ehemaligen Rus' abschließen. Doch nicht nur imperiale Interessen waren wirksam. Ende des 19. Jahrhunderts konnten sich weder Polen noch Westukrainer ihren Nationalstaat ohne diese Region vorstellen. Lemberg war eines der Zentren polnischer Kultur und Politik, gleichzeitig war die Stadt der Sitz der Zentralen aller ukrainischen Vereine, Genossenschaften und Bildungsgesellschaften sowie ein Mittelpunkt jüdischen Lebens in Osteuropa.

Mit 212 000 Einwohnern war Lemberg, die Hauptstadt des Kronlandes Galizien und Lodomerien, 1914 nach Warschau und Łódź die drittgrößte Stadt in den polnischen Teilungsgebieten und nach

¹ Vgl. z.B. den einflussreichen Sammelband *Capital Cities at War*. Paris, London, Berlin, 1914–1915, hrsg. v. Jay Winter u. Louis Robert. Cambridge 1997.

Wien, Prag und Triest die viertgrößte Stadt im cisleithanischen Teil des Habsburgerreiches. 1910 waren 51,2% der Bevölkerung römisch-katholisch, die meisten davon waren Polen, 27,8% waren jüdisch und 19,2% griechisch-katholisch, vorwiegend Ruthenen/Ukrainer.² Von den Griechisch-Katholiken fühlte sich ein Teil der polnischen Nation zugehörig oder war national indifferent. Dies schlug sich in der Sprachstatistik nieder. Nur 8,7% gaben 1910 Ukrainisch als Hauptsprache an.

Während in der Stadt Polen und Juden zusammen mehr als drei Viertel der Einwohner ausmachten, sah es auf dem Land anders aus. Hier lebten vorwiegend ruthenische Bauern, die es meist mit polnischen Gutsbesitzern zu tun hatten. Im westlichen Teil des Kronlandes Galizien und Lodomerien waren über 88% der Bevölkerung römisch-katholisch, in Ostgalizien nur ein Viertel. Der Anteil der Griechisch-Katholiken betrug hier über 61,7%. In Westgalizien waren knapp 8% der Bevölkerung Juden, in Ostgalizien 12,4%.³

Nach den Reichsreformen der 1860er Jahren hatten die polnischen Eliten ihren neuen Spielraum genutzt. Sekundärschulen und Universität wurden polonisiert und der städtische Raum wurde mit polnischen Symbolen durchsetzt. Die Ruthenen befanden sich zunächst in der Defensive, doch seit den 1880er Jahren gelang es ihnen nach langwierigen Verhandlungen mit den Landes- und Reichsbehörden, ihre Repräsentation im Reichs- und Landtag zu erhöhen. Einige ukrainischsprachige Lehrstühle an der Universität wurden gestiftet und ukrainische Gymnasien eingerichtet. Die ruthenische politische Szene war allerdings heillos zerstritten. Es ging um die Frage, ob die Ruthenen ein russischer Subethnos waren oder zusammen mit den Ukrainern jenseits der Grenze eine von Russen und Polen distinkte Nation darstellten. Die russophile Orientierung war 1914 allerdings gegenüber der ukrainophilen Bewegung ins Hintertreffen geraten. Dennoch blieben die Russophilen ein ernstzunehmender politischer Faktor. Ihre Organisationen wurden bald nach Kriegsbeginn geschlossen, ihre Einrichtungen den Stadt- und Kreisbehörden übergeben.⁴

² ‚Ruthene‘ und ‚ruthenisch‘ waren die amtlichen Bezeichnungen für die ukrainischsprachige Bevölkerung des Habsburgerreiches und übersetzten die Begriffe *rusyny* und *rus'kyj*. Seit den 1890er Jahren setzten sich in der ruthenischen Nationalbewegung nach und nach die Begriffe ‚Ukrainer‘ und ‚ukrainisch‘ – zunächst in der Wortkombination ‚ruthenisch-ukrainisch‘ – als Selbstbezeichnungen durch.

³ Rudolf A. Mark, Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung. Marburg 1994, S. 80-85.

⁴ Präsidium der Statthalterei an alle Starosten (polnisch), 4.8.1914; Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukrainy, m. L'viv (CDIAL), f. 146, op. 4, spr. 7687, s. 138.

Lemberg war ein Zentrum der osteuropäischen Judenheit. Es gab orthodoxe, progressive und chassidische Gemeinden, die sich gemeinsam in der Kahal verwalteten. Juden waren sowohl unter den vermögenden als auch den ärmsten Schichten der Bevölkerung überrepräsentiert. 63% der Anwälte und 67% der Händler waren jüdischen Glaubens. Viele polnische Parteien und Vereine hatten jüdische Mitglieder, daneben gab es aber auch rein jüdische, in der Mehrzahl zionistische Organisationen.⁵ Polnische Nationaldemokraten betrachteten vor allem die erfolgreichen jüdischen Anwälte, Großhändler und Bankiers als ein Hindernis, das der Formierung eines polnisch-katholischen Mittelstandes und damit auch der Modernisierung der polnischen Gesellschaft im Weg stand. Die jüdische assimilierte Oberschicht war aber Teil der städtischen Gesellschaft. 1914 waren 15 der 100 gewählten Stadträte jüdischen Glaubens, während kein Ukrainer im Stadtrat saß. Eine vollständige Assimilation gelang aber nur über die Taufe. Zwischen 1910 und 1920 wurden so gut wie keine Ehen zwischen Christen und Juden geschlossen. Dagegen kamen Ehen zwischen Griechisch-Katholiken und Römisch-Katholiken häufig vor.⁶

Nicht die Eindämmung des Antisemitismus war das beherrschende Problem der Verwaltung, sondern die Aspirationen der beiden Nationalbewegungen, die sich gelegentlich gewaltsam entluden. Dass der ukrainisch-polnische Konflikt in Lemberg vor 1914 dennoch nur wenige Todesopfer kostete, war zum einen der Tradition ziviler Konfliktaustragung geschuldet. Alle Gruppen konnten sich politisch betätigen und darauf hoffen, mit legalen Mitteln ihre Position zu verbessern. Zum anderen war der relative Frieden der funktionierenden Obrigkeit zu danken. Obwohl Polen in den Schlüsselstellen der Landesverwaltung saßen, vertraten sie bei aller Sympathie für die polnische Sache das Interesse des Staates an Ruhe und Ordnung.

2. Krieg und Besetzung

Der Krieg zerstörte die alte Ordnung nicht sofort. Die zivilen Traditionen erodierten über vier lange Kriegsjahre. Ostgalizien wurde bereits in den ersten Kriegswochen Schauplatz erbitterter Kämpfe.

⁵ Vladimir Melamed, *Evrei vo L'vove. XIII – pervaja polovina XX veka* [Die Juden in Lemberg. 18. – erste Hälfte des 20. Jahrhunderts]. Lvov 1994, S. 107-136.

⁶ L. Zyblikiewicz: *Małżeństwa we Lwowie w latach 1857–1939* [Heiraten in Lemberg in den Jahren 1857–1939]. Masch., Jagiellonen-Universität Krakau.

Bald gelangten Hiobsbotschaften über schwere Niederlagen der k.u.k. Armeen nach Lemberg. Mitte August durchbrach die russische 8. Armee unter General Brussilov die österreichischen Linien und rückte im Eiltempo Richtung Lemberg vor. Die Zivil- und Militärbehörden suchten den Grund dafür in Verrat. Die Ruthenen/Ukrainer standen unter Generalverdacht. In Stadt und Land wurden Ukrainer interniert. Die Verhaftungswelle traf jedoch nicht nur Anhänger der russophilen Bewegung, sondern auch Altruthenen, Ukrainophile und loyale unierte Priester. Tausende Ukrainer wurden auf bloßen Verdacht hin auf der Stelle gehängt oder von Feldgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet.⁷

Die polnischen Beamten übertrieben den Einfluss der russophilen Partei maßlos.⁸ Die Ukrainophilen warfen deshalb Statthalter Korytowski und seinen Beamten vor, weniger Russophile als vielmehr Anhänger der ukrainischen Nationalbewegung zu verfolgen. „Die polnische Verwaltung Galiziens benützte die Gelegenheit des Krieges, um die ganze ukrainische Nation politisch zu kompromittieren und physisch und moralisch zu vernichten.“⁹

Zehntausende Ukrainer wurden verhaftet und im Lager Talerhof interniert. Die traditionelle Austrophilie der ukrainischen Bevölkerung wurde auf eine harte Probe gestellt. Statt auf die Loyalität ihrer griechisch-katholischen Untertanen zu bauen, hatten Regierung und Militärführung den Urteilen polnischer Politiker und Provinzialbeamter Glauben geschenkt. Der Hass der Ukrainer richtete sich jedoch nicht in erster Linie gegen Staat und Armee, sondern auf Polen und Juden, die als Denunzianten wahrgenommen wurden.¹⁰

Die k. u. k. Armee verlor die Schlacht um Lemberg. Die Stadt füllte sich mit 100 000 Flüchtlingen. Neben gut 40 000 Juden¹¹ such-

⁷ Aufzeichnungen des unierten Priesters Kyryl Levyc'kyj (1914); CDIAL, f. 408, op. 1, spr. 112; Anna Veronika Wendland, *Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915*. Wien 2001, S. 540–547.

⁸ Notiz Baron Giesls (Vertreter des Außenministeriums beim Armeekommando, AOK) für das AOK über Gespräche mit polnischen und ukrainischen Politikern in Lemberg (Abschrift), 31.8.1914; in: *Ereignisse in der Ukraine 1914–1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe*, hrsg. v. Teophil Hornykiewicz. Bd. 1, Philadelphia, Pa. 1966, S. 20 ff.; Vasyl' Veryha, *Vyzvol'ni zmahannja v Ukraïni 1914–1923 rr.* [Die Freiheitsbestrebungen in der Ukraine 1914–1923]. T. 1, L'viv 1998, S. 24 ff.

⁹ Ukrainische Denkschrift „Wie hat sich die polnische Verwaltung in Galizien bewährt“ (Übersetzung aus dem Ukrainischen), Sommer 1915; CDIAL, f. 309, op. 1, spr. 2029, s. 1–29.

¹⁰ Das Präsidium der ukrainischen parlamentarischen Vertretung an das k.u.k. AOK (Abschrift), 11.8.1915; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1376, s. 505 f.; Veryha, *Vyzvol'ni zmahannja* (wie Anm. 8), S. 24 ff.

¹¹ Jakób Schall, *Żydostwo Galicyjskie w czasie inwazji rosyjskiej (w latach 1914–1916)* [Das

ten auch viele polnische Gutsbesitzer und Provinzbeamte Zuflucht in der Hauptstadt. Unierte Geistliche flohen von ihren Pfarrstellen aus Angst, zum Übertritt zur russisch-orthodoxen Kirche gezwungen oder aber verhaftet werden.¹² Als die Landesbehörden in der Nacht auf den 31. August evakuiert wurden, war klar, dass der Fall der Stadt unmittelbar bevorstand. Zehntausende Bürger versuchten im letzten Moment zu fliehen. Tausende übernachteten auf dem Bahnhof und stürzten zu den Waggons, sobald ein Zug bereitgestellt wurde. Doch ein Großteil der Transportkapazitäten war für die Armee und die Evakuierung der Behörden reserviert, so dass nicht alle Ausreisewilligen die Stadt verlassen konnten.¹³ Der Bahnhof lag voller Gepäckstücke, die keinen Platz mehr in den Abteilen gefunden hatten und von den Reisenden zurückgelassen worden waren. Familien wurden bei der überstürzten Flucht auseinander gerissen.¹⁴

Die jüdischen Eliten verließen zum großen Teil die Stadt. Von 56 751 jüdischen Bürgern Lembergs blieben etwa 40 000 zurück.¹⁵ Dennoch lebten zu Beginn der russischen Besatzung mehr Juden in Lemberg als vor dem Krieg, da viele Flüchtlinge dort gestrandet waren. In der Stadt befanden sich auch viele Provinzbeamte, für die schon Lemberg ein Zufluchtsort gewesen war. Freiwillig blieben die russophil gesinnten Polen und Ruthenen und – so Stadtrat Marcelli Chlamtacz – einige wenige aus Pflichtgefühl.¹⁶ Am Ende hatten etwa 50 000 Menschen, meist wohlhabende Bürger, die Stadt verlassen.¹⁷

galizische Judentum in der Zeit der russischen Invasion (in den Jahren 1914–1916)]. Lwów 1936, S. 10.

¹² Levyc'kyj, *Z dniv rosyjs'koï invazyi* [Aus den Tagen der russischen Invasion], in: Dilo, 30.11.1915; Graf Russocki, *Tagebuch*; CDIAL, f. 694, op. 1, spr. 10, s. 1-65; Henryka Kramarz, *Samorząd, Lwowa w czasie pierwszej wojny światowej i jego rola w zyciu miasta* [Die Selbstverwaltung Lembergs in der Zeit des Ersten Weltkriegs und ihre Rolle im Leben der Stadt]. Kraków 1994, S. 34 ff.

¹³ Maria von Gember, *Die Russen in Lemberg*, in: *An den Grenzen Russlands. Elf Abhandlungen aus der Sammlung „Der Weltkrieg“*. Mönchengladbach 1916, S. 155; Levyc'kyj, *Z dniv rosyjs'koï invazyi* (wie Anm. 12); Zygmunt Zieliński, *Lwów po inwazyi rosyjskiej. Wrzesień – Grudzień 1914* [Lemberg während der russischen Invasion. September – Dezember 1914]. Wien 1914, S. 2; Bohdan Janusz, *293 dni rządów rosyjskich we Lwowie (3.IX.1914–22.VI.1915)* [239 Tage russische Herrschaft in Lemberg (3.9.1914–22.6.1915)]. Lwów 1915, S. 1 f.

¹⁴ Janusz, *293 dni* (wie Anm. 13), S. 4 f.; Marzell Chlamtacz, *Lembergs politische Physiognomie während der russischen Invasion, 3.9.1914–22.6.1915. Erinnerungen und Betrachtungen*. Wien 1916, S. 22 ff.

¹⁵ Schall, *Żydostwo* (wie Anm. 11), S. 5.

¹⁶ Chlamtacz, *Lembergs politische Physiognomie* (wie Anm. 14), S. 22 ff.

¹⁷ *Polizeidirektion Lemberg an die Statthalterei* (handschriftlicher Entwurf), September 1915; *Deržavnyj Archiv L'vivskoi Oblasti (DALO)*, f. 350, op. 1, spr. 3609, s. 1 f.

Das Stadtpräsidium initiierte die Gründung einer Bürgerwehr, die aber während des kurzen Interregnums nicht verhindern konnte, dass verlassene Wohnungen und Geschäfte geplündert wurden. Die russischen Frontsoldaten verhielten sich während ihres Einmarsches korrekt, ließen aber die Plünderer anfangs gewähren.¹⁸ Nachdem sich die militärische Lage beruhigt hatte, trat am 18. September Graf Georgij A. Bobrinskij sein Amt als Militär-Generalgouverneur für Galizien an. Bereits in den ersten Tagen machte er deutlich, dass Lemberg, Ostgalizien und das Lemkengebiet Teil des Russischen Reiches werden würden.¹⁹ Aus russischer Sicht waren diese Gebiete dazu bestimmt, nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft wieder ein „ursprünglicher Teil Rußlands“ zu werden.²⁰

In Lemberg residierte ein russischer Stadthauptmann, der aber nur über wenige russische Beamte verfügte. Der Lemberger Gemeinderat wurde suspendiert, doch bediente sich die Besatzungsmacht der Stadtverwaltung, die sie über das provisorische Stadtpräsidium erreichte. Da sich der gewählte Stadtpräsident Józef Neumann in Krakau befand, übernahm sein Stellvertreter Tadeusz Rutowski die Funktion des Stadtpräsidenten. An seiner Seite standen als Vizepräsidenten Leonard Stahl und Filip Schleicher, der mit Hilfe der städtischen Approvisionierungsabteilung die Versorgung sicherzustellen versuchte.²¹

Sofort nach dem Einmarsch nahmen die neuen Herren Lemberg symbolisch in Besitz. Die russische Flagge wurde auf dem Rathaus gehisst und die erreichbaren österreichischen Wappen durch den russischen Adler ersetzt.²² Rutowski schaffte es aber mit allerlei Ausflüchten, dass der österreichische Adler auf dem Rathaus sich sogar noch während des Zarenbesuchs an seinem Platz befand.²³ Dies

¹⁸ Piotrowski, Wpływ wojny na moralność ludności (Wspomnienia z wojny 1914 r.) [Der Einfluss des Krieges auf die Moral der Bevölkerung (Erinnerungen an den Krieg 1914)], geschrieben nach 1920, in: Handschriftenabteilung der Stefanyk-Bibliothek, Lemberg, O/N 38.

¹⁹ Janusz, 293 dni (wie Anm. 13), S. 156 ff.

²⁰ Aufzeichnung des Kammerherrn Bazili, 16.9.1914; Rossijskij Gosudarstvennyj Voenno-Istoričeskij Archiv (RGVIA), f. 2005, op. 1, d. 8, l. 6 ff. Siehe auch den Aufruf des Oberkommandierenden Großfürst Nikolaj Nikolaevič „An das russische Volk in Österreich“. Stepan Makarczuk, Lwów w warunkach rosyjskiej okupacji 1914–1915 [Lemberg unter den Bedingungen der russischen Besatzung 1914–1915], in: Lwów. Miasto – społeczeństwo – kultura [Lemberg. Stadt – Gesellschaft – Kultur]. Kraków 1996, S. 131–137, hier S. 135 f.

²¹ Zieliński, Lwów (wie Anm. 13), S. 6 f.; Kramarz, Samorząd (wie Anm. 12), S. 36 ff.; Janusz, 293 dni (wie Anm. 13), S. 17.

²² Zieliński, Lwów (wie Anm. 13), S. 6.

²³ Gember, Die Russen in Lemberg (wie Anm. 13), S. 166.

änderte jedoch nichts daran, dass Zeit, Geld und öffentlicher Raum russifiziert wurden. Petersburger Zeit und der Julianische Kalender wurden eingeführt.²⁴ Der Rubel war nun die Leitwährung, sein Wechselkurs zur Krone wurde auf eins zu drei festgelegt.

Manchem russischen Annexionisten ging die Russifizierung nicht schnell genug. In einem Artikel für die Petrograder Zeitung „Novoe Vremja“ berichtete ein Mitglied der galizisch-russischen Gesellschaft D.N. Vergun von seinen Eindrücken wenige Wochen nach der Eroberung. Er stellte enttäuscht fest: „Im Zentrum gibt es fast keine Veränderung. Dieselben jüdischen Läden, dieselben polnischen Aufschriften! Auf dem hohen Turm des alten Rathauses grüßt die schwarzweiß-gelbe Flagge. Über ihr glänzt freudig der galizische Löwe.“²⁵

Bei ihrem Einmarsch hatten die russischen Besatzer 16 Honoratioren, je vier Polen, Ukrainer, Altruthenen²⁶ und Juden, als Geiseln genommen, aber bald wieder frei gelassen. Vor dem Besuch des Zaren und Großfürst Michails am 22. September wurden wieder einige 100 Lemberger eingesperrt, um Unruhen oder Attentaten vorzubeugen. Nach dem Gottesdienst in der Garnisonskirche in der Kleparów-Straße fuhr Nikolaj zum Palast des Statthalters, wo ihm eine Menschenmenge zujubelte.²⁷

Für den Zar und die russische Gesellschaft waren die Ukrainer als „Kleinrussen“ Teil des russischen Volkes. Alle ukrainisch- oder russischsprachigen Bücher, die nicht in Russland erschienen waren, mussten aus den Buchhandlungen entfernt werden. Die gesprochene ukrainische Sprache zu verbieten, lehnten die Militärbefehlshaber jedoch ab.²⁸ In den ukrainischen Gymnasien wurde die russische Unterrichtssprache eingeführt, nur in Volksschulen wurde ukrainisch ge-

²⁴ Anordnung des russischen Generalgouverneurs, 31.8.1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 12, l. 15.

²⁵ D. Vergun, Galizien und Polen. Die Organisation Galiziens, in: *Novoe Vremja*, 11.12.1914. Übersetzung ins Deutsche in: Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien (HHStA), P.A.I., 931, Bl. 58-67.

²⁶ Die Altruthenen sahen die Ruthenen als Zweig des russischen Volkes und fühlten sich kulturell eng mit Russland verbunden, gleichzeitig waren sie aber loyal zur Habsburger Dynastie und zur griechisch-katholischen Kirche. Sie verbanden mit ihrer Hinneigung zur russischen Kultur kein politisches Programm, welches auf eine Vereinigung Ostgaliziens mit dem Russischen Reich zielte.

²⁷ Janusz, 293 dni (wie Anm. 13), S. 248 f.; Russocki, Tagebuch; CDIAL, f. 694, op. 1, spr. 10, s. 1-65.

²⁸ Januškevič an Goremykin, 19.9.1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 8, l. 3 ff.; Der Stabschef des Oberkommandos der Südwestfront an Bobrinskij, 23.9.1914; Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukrainy, m. Kyjiv (CDIAK), f. 361, op. 1, spr. 162, l. 65 ff.; Vortrag bei Januškevič, November 1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 13, l. 323 ff.

duldet.²⁹ Alle ukrainischen Zeitungen wurden eingestellt, die ukrainischen Institutionen, Genossenschaften und Bibliotheken geschlossen. Lediglich die Versicherungsgesellschaft „Dnister“ und die Agrobank konnten bis März 1915 weiterarbeiten. Danach wurden auch diese Einrichtungen geschlossen und ihre Gebäude übernahmen entweder die Besatzungsbehörden oder sie wurden dem russophilen „Kačkovs'kyj“-Verein übergeben.³⁰

Die Besatzungsmacht stützte sich auf die ruthenischen Russophilen, aus deren Reihen ein Nationalrat berufen wurde.³¹ Dagegen misstraute die russische Regierung den Loyalitätsbeteuerungen der polnischen Nationaldemokraten.³² Deren Parteinahme für Russland war taktischer Natur und trug nur soweit, als sie sich von diesem Bündnis Vorteile für die polnische nationale Sache versprachen. Für die Russophilen bedeutete dagegen die Einverleibung Ostgaliziens ins Russische Reich die Verwirklichung ihrer politischen Ziele.³³

Es gab keinen Dissens zwischen Kirche und Staat über das Endziel der Religionspolitik: die Beseitigung der unierten Kirche. Die „staatliche Vereinigung Galiziens mit Rußland wird erst dann dauerhaft (*pročno*) sein“ – so das designierte Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche in Galizien Erzbischof Evlogij –, „wenn es [Galizien; C. M.] auch in unserem eigenen (*rodnoj*) orthodoxen Glauben vereinigt ist“.³⁴ Uneins waren sich die weltlichen Behörden und Kirchenführer allerdings darin, wie schnell dies erfolgen sollte. Im Interesse der Kriegführung und der Militärverwaltung lag ein behutsames Vorgehen. Die griechisch-katholische Bevölkerung sollte nicht gegen die Besatzungsmacht aufgebracht werden.³⁵

Die unierten Kirchen wurden nicht geschlossen, doch wurde mit allerlei Mitteln versucht, den Einfluss der Russisch-Orthodoxen Kirche

²⁹ Konst. Malyc'ka, Na chyvljach svitovoï vijny [Aus den Zeiten des Weltkriegs], in: Dilo, 27.3.1937.

³⁰ Bericht des Präsidiums der Statthalterei für das MdI über die „Gewalttätigkeiten der Russen gegen die ukrainische Nation in Galizien“, 5.10.1915; HHStA, P.A.I., 931, Bl. 9-16.

³¹ Bobrinskij an Januškevič, 20.10.1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 12, l. 6-10.

³² Innenminister N.A. Maklakov an Bobrinskij, 30.9.1914; CDIAK, f. 361, op. 1, spr. 237, s. 1-4.

³³ Denkschrift Dudykevič, 1.9.1914; CDIAK, f. 361, op. 1, spr. 94, s. 9 f.

³⁴ Erzbischof Evlogij an Innenminister Maklakov, Januar 1915; RGIA, f. 821, op. 12, d. 150, l. 70 (zitiert nach A.Ju. Bachturina, Politika Rossijskoj Imperii v Vostočnoj Galicii v gody Pervoj mirovoj Vojny [Die Politik des Russischen Imperiums in Ostgalizien in den Jahren des Ersten Weltkriegs]. Moskva 2000, S.143. Siehe auch Evlogij, archiepiskop Volynskij, Obraščenie k galicko-russkomu narodu i duhovenstvu [Die Hinwendung zum galizisch-russischen Volk und zur Geistlichkeit]. o.O. 1914, S.1.

³⁵ Bachturina, Politika (wie Anm. 34), S.159 ff.

auszudehnen. Hatte ein unierter Geistlicher zu Kriegsbeginn seine Gemeinde verlassen, hinderten ihn die Besatzungsbehörden an einer Rückkehr. Der russische Statthalter allein entschied, ob der Priester wieder in seine Pfarrei durfte oder durch einen Amtsbruder ersetzt wurde.³⁶ Entscheidungen dauerten mehrere Monate und führten oft dazu, dass schließlich doch ein russisch-orthodoxer Priester geschickt wurde.³⁷ Unierte Priester, die ohne Erlaubnis zurückgekehrt waren, konnten nicht mehr die Kirchen benutzen und lasen heimlich Messen in ihren Wohnungen.³⁸ Der griechisch-katholische Erzbischof Andrij Šeptyc'kyj war unter einem Vorwand in ein russisches Kloster verbannt worden. Ohne ihr charismatisches Oberhaupt war die unierte Kirche zwar schwächer geworden, doch verweigerten sich die Hierarchen den Annäherungsversuchen der Russisch-Orthodoxen Kirche.

Der neue orthodoxe Erzbischof Evlogij durfte jedoch am Namenstag des Zaren in zwei der bedeutendsten unierten Kirchen der Stadt Gottesdienste abhalten. Evlogij richtete eine Botschaft an das „galizisch-russische Volk (*narod*) und seine Geistlichkeit“, deren „russischer Geist“ durch die Erziehung in lateinischer Tradition nicht getötet worden sei. Er forderte die Pfarrer der „Galizischen Rus“ auf, die geistige Führung des Volkes bei der „organischen Vereinigung mit dem großen Russland“ zu übernehmen und besonders die „historische Union mit der Orthodoxen Russischen Kirche zu errichten und zu befestigen“.³⁹ „Unsere gemeinsame Mutter – das große rechtgläubige Russland und unsere heilige rechtgläubige russische Kirche breitet für euch ihre Arme aus...“⁴⁰

Wie schon die k. u. k. Behörden witterten auch die russischen Besatzer überall Verrat, für den sie aber nicht die ukrainische, sondern die jüdische Bevölkerung verantwortlich machte.⁴¹ Am 27. September 1914 kam es in Lemberg zu antijüdischen Ausschreitungen. Kosaken zogen raubend und mordend durch die jüdischen Viertel.⁴²

³⁶ Rundschreiben der Militär-Generalgouverneurs an die Gouverneure, 27.10.1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 12, l. 11 f.

³⁷ Levyc'kyj, *Z dniv rosyjs'koï invazyï* (wie Anm. 12), in: *Dilo*, 8.12.1915.

³⁸ Polizeikommissar Pajączkowski (Skole) an das Präsidium der k.u.k. Polizeidirektion in Biała, 7.11.1914; HHStA, P.A.L., 931, Bl. 32-35.

³⁹ Prikarpat'skaja Rus', 8.12.1914. Levyc'kyj, *Z dniv rosyjs'koï invazyï* (wie Anm. 37); Bachturina, *Politika* (wie Anm. 34), S. 170.

⁴⁰ Prikarpat'skaja Rus', 8.12.1914. Bachturina, *Politika* (wie Anm. 34), S. 171.

⁴¹ Schall, *Żydostwo* (wie Anm. 11), S. 10.

⁴² Kramarz, *Samorząd* (wie Anm. 12), S. 43 f.; Janusz, *293 dni* (wie Anm. 13), S. 166; Zieliński, *Lwów* (wie Anm. 13), S. 12.

Den Besatzungsbehörden gelang es in der Folgezeit zwar, einen Pogrom zu verhindern, Diskriminierungen und Übergriffe von Soldaten gehörten aber zum Besatzungsalltag.⁴³ Als sich das Kriegsglück zu wenden begann, wurden auch die antijüdischen Maßnahmen schärfer.⁴⁴ Die Diskriminierungen hinderten die Behörden aber nicht daran, sich auf den jüdischen Handel zu stützen. Da ein großer Teil der städtischen Händler Juden waren, war eine Zusammenarbeit zur Versorgung von Stadt und Armee unerlässlich.

Bobrinskij's maßvolle Politik geriet in Konflikt mit der Linie des russischen Oberkommandos, die von Stabschef Januškevič vertreten wurde. Ein Beispiel dafür ist der Umgang mit dem Lemberger Stadtpräsidium. Zwar registrierte Bobrinskij dessen dezidiert nationalpolnische und habsburgloyale Position, suchte aber dennoch aus pragmatischen Gründen die Zusammenarbeit. Er schätzte die Arbeit und Effektivität des Präsidiums und beließ auch Filip Schleicher, trotz dessen jüdischer Religion, im Amt.⁴⁵

Das Vertrauen des russischen Statthalters in die Fähigkeiten der alten Stadtobrigade wurde nicht enttäuscht. Die Stadtverwaltung schaffte es, die Grundversorgung der Bevölkerung zu sichern. Die Gas- und Wasserversorgung funktionierte, die Straßenbahnen fuhren und die Cafés und Restaurants waren geöffnet.⁴⁶ Im Stadtbild tauchten selbstbewusste russische Beamte und Offiziere auf, die in den Cafés und Restaurants zur zahlungskräftigen Kundschaft gehörten. Viele Offiziere und Beamte ließen mit der Zeit ihre Familien nachkommen, so dass sich „in Kaffeehäusern und Zuckerbäckereien (...) ein geräuschvolles Leben“ entwickelte. Mit den Truppen und Beamten kamen russische Kaufleute in die Stadt, so dass kein Mangel an Lebensmitteln herrschte, vorausgesetzt, man verfügte über genügend Geld. Eine neue Erfahrung bedeutete auch das Auftauchen russisch-orthodoxer Geistlicher, die „mit ihren langen Haaren und

⁴³ In anderen besetzten Städten und Orten kam es häufiger zu Pogromen, Plünderungen und antijüdischen Ausschreitungen. Volodymyr Serhijčuk, *Pohromy v Ukraïni: 1914–1920. Vid štučnych stereotypiv do hirkoï pravdy, prychovuvanoï v radjans'kych archivach* [Die Pogrome in der Ukraine: 1914–1920. Von künstlichen Stereotypen zur bitteren Wahrheit, aufbewahrt in sowjetischen Archiven]. Kyjiv 1998, S. 66 ff.

⁴⁴ Generalgouverneur Bobrinskij an der Oberkommandierenden der Südwestfront, General M. Ivanov, 26.11.1914, in: *Pohromy* (wie Anm. 43), S. 70 f.; General Zabelin an Bobrinskij, 16.12.1914, in: *Ebenda*, S. 67 f.

⁴⁵ Januškevič an Bobrinskij, 5.1.1915 (alter Stil); RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 12; Bobrinskij an Januškevič, 3.2.1915; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 12, l. 77 f.

⁴⁶ Zieliński, Lwów (wie Anm. 13), S. 10; *Kronika z miasta* [Chronik der Stadt], in: *Gazeta Wieczorna*, 9.9.1914.

zottigen Bärten (...) allgemeines Aufsehen erregten“.⁴⁷ Ein Teil der Bevölkerung arrangierte sich mit den Besatzern und profitierte von dem Umgang mit den neuen Herren. Ukrainische Zeitzeugen bemerkten süffisant, dass sich die „schönen Lembergerinnen“ an die russischen Soldaten heranmachten.⁴⁸

Nach Lage der Dinge litten vor allem die Flüchtlinge und die k.u.k. Staatsbeamten Not. In der Hektik der Evakuierung hatten die österreichischen Behörden es versäumt, ihren Beamten den vorgesehenen Vorschuss zu zahlen. Nun waren die ca. 16 000 Staatsangestellten und ihre Familien von allen finanziellen Quellen abgeschnitten.⁴⁹ Ein Teil wurde in die Provinz evakuiert, aber auch danach hielten sich noch 25 000 Menschen ohne regelmäßiges Einkommen in der Stadt auf.⁵⁰ Das Stadtpräsidium überzeugte ein Bankenkonsortium, arbeitslosen Beamten einen Vorschuss in Höhe von 30-50% eines Monatsgehältes auszuzahlen.⁵¹ Bobrinskij legte dieser Initiative ebensowenig Hindernisse in den Weg wie dem Versuch, die Geldmittelknappheit durch die Ausgabe städtischer Assignaten zu beheben.⁵² Bis 5. Februar 1915 wurden 887 000 Kronen an 9 000 Empfänger ausgegeben. Insgesamt 30 000-35 000 Menschen oder etwa 15% der Stadtbevölkerung profitierten von dieser Maßnahme.⁵³

Viele Lemberger konnten sich nicht aus eigener Kraft versorgen und waren auf Hilfe angewiesen. Träger der öffentlichen Küchen waren entweder die Stadt oder gesellschaftliche Organisationen. Einige Hilfsorganisationen differenzierten nicht nach ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit, andere kümmerten sich ausschließlich um die Angehörigen der jeweiligen „Wir-Gruppe“. Im November 1914 arbeiteten 28 Armen- und Volksküchen, in denen täglich 20 000 Menschen ernährt wurden.⁵⁴ Die polnische „Praca Kobiet“ („Arbeit der Frauen“) organisierte eine Küche für Polen, eine weitere Küche stand

⁴⁷ Gember, *Die Russen in Lemberg* (wie Anm. 13), S. 162 ff.; *Kronika z miasta* (wie Anm. 46); Zieliński, *Lwów* (wie Anm. 13), S. 28.

⁴⁸ Levyc'kyj, *Z dniv rosyjs'koï invazyï* [Aus den Tagen der russischen Invasion], in: *Dilo*, 1.12.1915; *Malyc'ka*, *Na chvylyjach svitovoï vijny* (wie Anm. 29).

⁴⁹ Rutowski an Bobrinskij, 10.11.1914; DALO, f. 3, op. 1, spr. 5905, s. 4-13.

⁵⁰ Rutowski an Bobrinskij, 11.11.1914; DALO, f. 3, op. 1, spr. 5905, s. 18 f.

⁵¹ Bobrinskij an Rutowski, 14.1.1915 (Abschrift); DALO, f. 3, op. 1, spr. 5906, l. 10.

⁵² Aufzeichnung über Fragen der Verwaltung des Generalgouvernements, 5.11.1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 13, l. 1 f.; Bobrinskij an Januškevic, 15.12.1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 13, l. 387 f.

⁵³ Janusz, *293 dni* (wie Anm. 13), S. 219 ff.

⁵⁴ Rutowski an Bobrinskij, 11.11.1914; DALO, f. 3, op. 1, spr. 5905, s. 18 f.

unter der Aufsicht ukrainischer Frauen, und jüdische Frauen richteten Küchen für die Kinder jüdischer Flüchtlinge ein.⁵⁵

Ende Januar 1915 wurden in 33 Küchen täglich 38 160 Mahlzeiten ausgegeben, wovon nur 1 282 bezahlt wurden. 21 dieser Einrichtungen gaben jeweils zwischen 500 und 2 000 Mahlzeiten aus. Die Intelligenz aß getrennt vom Proletariat.⁵⁶ In „Intelligenzküchen“ wurden Anfang 1915 10 543 Essen ausgegeben, in Volksküchen wurden 27 617 Mahlzeiten bereitgestellt. Etwa 25% der Lemberger Bevölkerung wurden auf diese Art und Weise ernährt.⁵⁷ Wenige Wochen später arbeiteten schon 70 städtische Küchen, die 42 672 kostenlose und 1 693 bezahlte Mittagessen ausgaben. Neben den Küchen betrieb die Stadt auch 18 Läden, in denen Grundnahrungsmittel unterhalb des Marktpreises abgegeben wurden.

Die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln war eine anspruchsvolle logistische Aufgabe, die Vizepräsident Schleicher mit Bravour bewältigte. Die Stadt profitierte zunächst von dem Vorrat, den sie im Juli und August 1914 angelegt hatte. Dadurch konnte der Magistrat die Preise für Mehl, Salz, Zucker und Reis beeinflussen und Versorgungsengpässe ausgleichen. Nach der Unterbrechung der alten Versorgungswege musste die Stadt auf dem russischen Markt Lebensmittel einkaufen. Die hohen Transportkosten ließen die Preise für Mehl stark steigen.⁵⁸ Die Maximalpreise für Brot und Mehl lagen bereits im Herbst 1914 um 50% über den Vorkriegspreisen. Auf dem Schwarzmarkt waren die Preise noch wesentlich höher.⁵⁹

Mit den russischen Soldaten gelangten ansteckende Krankheiten wie Diphtherie, Typhus und Cholera in die Stadt. Besatzungsbehörden und Stadtverwaltung arbeiteten zusammen, um die Ansteckungsgefahr einzudämmen und die Kranken zu isolieren.⁶⁰ Die Sterblichkeitsrate stieg dramatisch an. Sie wuchs von 22,52 pro Tausend im Jahre 1914 auf 36,9 im Jahre 1915. 1916 sank die Rate wieder auf 22,6. Signifikant war der Anstieg der Todesfälle, die durch Typhus,

⁵⁵ Schall, *Żydostwo* (wie Anm. 11), S. 15 f.; Kramarz, *Samorząd* (wie Anm. 12), S. 49 f.

⁵⁶ So gab es in der *Pasaż Mikolascha* einen Klub der Historiker und Künstler, anderswo aßen ausschließlich Lehrer, Angehörige der jüdischen Intelligenz, Ukrainer, Drucker, Staatsbeamte oder Handwerker. Kramarz: *Samorząd* (wie Anm. 12), S. 49 ff.

⁵⁷ Stanisław Rossowski, *Lwów podczas inwazyi* [Lemberg während der Invasion]. Lwow 1916, S. 54.

⁵⁸ Vizepräsident Schleicher an Bobrinskij (Abschrift), 19.2.1915; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6013, s. 31-36.

⁵⁹ Kramarz, *Samorząd* (wie Anm. 12), S. 50 f.

⁶⁰ Janusz, *293 dni* (wie Anm. 13), S. 200 ff.

Pocken, Masern, „asiatische Cholera“ und Röteln verursacht wurden. Die schlechtere Ernährungslage machte sich in einer Zunahme der Todesfälle aufgrund von Magen-Darm-Krankheiten bemerkbar.⁶¹

Im Mai 1915 neigte sich die russische Besatzungszeit dem Ende zu. In der Umgebung Lembergs kam es zu Gewaltaktionen gegen Juden, zu Vergewaltigungen, Brandstiftungen und Deportationen.⁶² Die Menschen verbargen sich in ihren Häusern. Dann begann die Artillerie der Mittelmächte, auch Brücken, Straßen und Kasernen zu beschießen. Der Verkehr erstarb, alle Geschäfte und Einrichtungen wurden geschlossen. Die Juden fürchteten, dass die Kosaken sich an ihnen vergreifen könnten.⁶³ Stadtpräsident Rutowski und weitere Honoratioren wurden als Geiseln mitgenommen, um die Bevölkerung von Angriffen auf die abziehenden Truppen abzuhalten.⁶⁴

Zuletzt waren die Straßen wie leergefegt, nur wenige Kosaken patroullierten. Diese Unsicherheit wurde mit dem Einzug der österreichisch-ungarischen Truppen am 22. Juni 1915 um 12 Uhr mittags beseitigt. Eine deutsche Einheit hatte zwar die Stadt als erste erreicht, ließ dem Verbündeten aber den Vortritt. Die Anspannung der Bevölkerung entlud sich in „enthusiastischer Freude“.⁶⁵ Maria von Gember beobachtete, wie die „Volksseele in unaussprechlicher Freude“ erzitterte: „Fremde Menschen fielen sich erschüttert in die Arme; die einen weinten vor Rührung, die andern lachten und jauchzten, wieder andere hoben die Hände dankend zum Himmel empor, noch andere knieten nieder und küßten die Erde, die wieder österreichisch, die wieder frei geworden war.“⁶⁶

Die russische Besatzung hatte Stadt und Bevölkerung große materielle Verluste gebracht. Die Stadt hatte sich hoch verschuldet, um die Versorgung sicherstellen und die Funktionsfähigkeit der Verwaltung aufrechterhalten zu können. Es war dadurch gelungen, die Not in Grenzen zu halten. Insgesamt rechnete die Stadtverwaltung, dass die

⁶¹ Aufzeichnungen des städtischen statistischen Büros zu Todesursachen für 1914, 1915, 1916; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6518a, s. 2-9.

⁶² Schall, *Żydostwo* (wie Anm. 11), S. 23 ff.; Russocki, Tagebuch; CDIAL, f. 694, op. 1, spr. 10, s. 1-65.

⁶³ Janusz, 293 dni (wie Anm. 13), S. 259 f.; Russocki, Tagebuch; CDIAL, f. 694, op. 1, spr. 10, s. 1-65.

⁶⁴ Verwaltung der königlichen Landeshauptstadt Lemberg an das k.u.k. Armeekommando (hs.), 26.6.1917; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6518, s. 3.

⁶⁵ Russocki, Tagebuch; CDIAL, f. 694, op. 1, spr. 10, s. 1-65. Aufzeichnung über die Tätigkeit der Verwaltung der königlichen Hauptstadt Lemberg in der Zeit vom 1.7.1915 bis zum 31.12.1916 (poln.), 1917; CDIAL, f. 146, op. 8, spr. 1913.

⁶⁶ Gember, *Die Russen in Lemberg* (wie Anm. 13), S. 168.

russische Besatzung durch Beschädigungen, Requisitionen und unbezahlte Rechnungen 5 970 207 Kronen gekostet hatte.⁶⁷

3. Enttäuschte Hoffnungen

In der Stadt hatten die verbliebenen Ratsherren ein sechsköpfiges Komitee gewählt, welches die Amtsgeschäfte vorerst übernahm. Doch die Selbstverwaltung blieb sistiert. Stattdessen ernannte Statthalter Korytowski den Kreishauptmann Adam Grabowski zum kommissarischen Leiter der Amtsgeschäfte, mit zwei Räten als Stellvertreter. Als Ersatz für den Stadtrat wurde ein 18-köpfiger provisorischer Beirat eingerichtet, in dem die jüdische und erstmals auch die ukrainische Bevölkerung vertreten waren.⁶⁸

Die Militärbehörden gingen scharf gegen echte und vermeintliche Kollaborateure vor. Alle Russophilen wurden aus staatlichen und kirchlichen Ämtern entfernt.⁶⁹ Im ganzen Land fanden Prozesse gegen Polen und Ukrainer statt, die Gesetze verletzt oder zu eng mit den Besatzern zusammengearbeitet hatten.⁷⁰ Insgesamt wurden bis Ende 1915 gegen mehr als 30 000 Personen Untersuchungen eingeleitet.⁷¹ Die österreichischen Truppen verscherzten sich die Sympathien der Bevölkerung mit dieser Prozess- und Verhaftungswelle, die neben Plünderern und Informanten auch zahlreiche unschuldige Opfer von Denunziationen traf. Anders als zu Kriegsbeginn waren jetzt auch viele Polen betroffen. Für die polnischen Eliten, die seit nunmehr 50 Jahren das Kronland dominierten, war dies eine neue und unerwartete Erfahrung, die sowohl die Beziehungen zu Juden und Ukrainern als auch zu den k.u.k. Behörden vergiftete.⁷²

Nur wenige Juden wurden verhaftet. Das Verhalten der russischen Besatzungsmacht hatte ihre Loyalität gegenüber der k.u.k. Monarchie

⁶⁷ Verwaltung der königlichen Landeshauptstadt Lemberg an das k.u.k. Armeekommando (hs.), 26.6.1917; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6518, s. 3.

⁶⁸ Aufzeichnung über die Tätigkeit der Verwaltung der königlichen Hauptstadt Lemberg in der Zeit vom 1.7.1915 bis zum 31.12.1916 (poln.), 1917; CDIAL, f. 146, op. 8, spr. 1913; Józef Neumann und 54 Lemberger Stadträte an den Statthalter, 1.7.1915; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 5177, s. 41-45

⁶⁹ Statthalter Diller an das Armeeoberkommando, 30.11.1916; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7687, s. 174 ff.

⁷⁰ Der Gendarmeriestabsoffizier in Lemberg an die K.-Stelle des k.u.k. 2. Arme-Etappenkommandos, 19.10.1915; HHStA, P.A.I., 931.

⁷¹ Piotrowski, Wpływ wojny (wie Anm. 18).

⁷² Józef Białynia-Chołodocki, Wspomnienia z lat niedoli i niewoli 1914–1918 [Erinnerungen aus der Zeit des Elends und der Unfreiheit 1914–1918]. Lwów 1919, S. 27 f.

weiter gestärkt, und diese Loyalität hatte zu weiterer Diskriminierung geführt. Ein bekannter Antisemit verbreitete aber Schmähschriften, in denen er die Juden beschuldigte, sie hätten die russischen Truppen mit einem Blumenregen begrüßt. Das nationaldemokratische „*Słowo Polskie*“ wiederholte diese Vorwürfe.⁷³ General Riml übernahm diese Interpretationen kritiklos in seine Berichte für die Wiener Regierung: „Das Verhalten der Lemberger Juden während der russischen Invasion erregte im höchsten Maße das Ärgernis der übrigen Bevölkerung und erzeugte einen früher nicht gekannten Antisemitismus.“⁷⁴

Die ukrainischen Politiker gründeten ein „Komitee der Ukrainer der Stadt Lemberg“, das zum „Wiederaufbau des ukrainischen Lebens in der Hauptstadt der Galizischen Ukraine“ aufrief.⁷⁵ Schon zwei Tage nach der Wiedereroberung erschien mit „*Nove Slovo*“ die erste ukrainischsprachige Tageszeitung.⁷⁶ Das Eigentum des „*Kačkovs'kyj*“-Vereins, des „*Narodnyj Dim*“ und des *Stauropygian* Instituts kam am 2. Februar 1916 unter ukrainische Verwaltung.⁷⁷

Der polnisch-ukrainische Streit ging jetzt in eine neue Runde. Als am 23. April 1916 der neue Statthalter, ein österreichischer General, zu seinem Amtsantritt Lemberg besuchte, empfing er gleich mehrere ukrainische Delegationen, welche gleichlautende Forderungen erhoben. Die Delegation des Ukrainischen Nationalkomitees begrüßte den Statthalter „in unserem Land, in der früheren Hauptstadt der ukrainischen Fürsten“. Nationale Selbstverwaltung könne auf die Zeit nach dem Krieg verschoben werden, aber das Einstellen ukrainischer Beamter und die volle Gleichberechtigung der ukrainischen Sprache und die Gründung einer ukrainischen Universität müssten sofort umgesetzt werden. Gleichzeitig beteuerte die Delegation, dass die Ukrainer fest und treu zum Thron und zur Dynastie stünden.⁷⁸

Diese Loyalität wurde im November 1916 auf eine harte Probe gestellt. Die Proklamation des Königreichs Polens am 5. November durch den österreichischen und deutschen Kaiser und die angekündigte Sonderstellung Galiziens riefen in der polnischen Bevölkerung

⁷³ Schall, *Żydostwo* (wie Anm. 11), S. 26.

⁷⁴ Bericht General Rimls über seine Eindrücke und Wahrnehmungen nach der Wiedereroberung Lembergs, 26.7.1915; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 118, s. 413-423.

⁷⁵ *V uvil'nenim L'vovi* [Im befreiten Lemberg], in: *Dilo*, 24.7.1915.

⁷⁶ Denkschrift des allgemeinen ukrainischen Nationalrates zum *Narodnyj Dim*, Oktober 1915, CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7687, s. 154-160.

⁷⁷ Statthalter Diller an das Armeeoberkommando, 30.11.1916; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7687, s. 174 ff.

⁷⁸ *Dilo*, 23.4.1916.

Begeisterung hervor. Die Polen erwarteten nun mittelfristig eine Vereinigung des Königreichs und Galiziens.⁷⁹

Im Februar 1917 wurde in Petrograd der Zar gestürzt. Die neue Provisorische Regierung erkannte das Existenzrecht eines unabhängigen polnischen Staates umgehend an und änderte damit auch die politische Ausgangssituation in Galizien. Die austropolnische Option verlor an Wert, und Österreich-Ungarn und Deutschland gerieten in die Defensive. Die russische Oktoberrevolution änderte die internationalen Rahmenbedingungen erneut. Die ukrainische Zentralrada (Regierung) hatte in ihrem ersten Universal (Dekret) vom 23. Juni 1917 die ukrainische Selbstbestimmung im Rahmen eines reformierten Russland verkündet, im dritten Universal vom 22. November 1917 eine autonome Ukrainische Republik proklamiert und schließlich im vierten Universal vom 22. Januar 1918 die völlige Unabhängigkeit von Russland erklärt. Die Entwicklungen in der *Ukraina* eröffneten den galizischen Ukrainern plötzlich die Perspektive einer Vereinigung der ukrainischen Länder der Habsburgermonarchie mit dem neuen ukrainischen Staat.

Am 22. November 1917 fand in Lemberg eine Versammlung des Allgemeinen Ukrainischen Nationalrats, der Reichsratsabgeordneten und etwa 30 Vertrauensleuten aus der Provinz statt. Sie protestierten gegen eine Vereinigung Ostgaliziens mit dem Königreich Polen. Dies würde „die Unterjochung unseres Volkes in unserem Lande“ bedeuten. Die Polen seien der „Erbfeind“ der Ukrainer: „Wir verlangen die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, wir verlangen eine freie, unabhängige Ukraine.“⁸⁰

Wenige Monate später hatte dann die polnische Bevölkerung Grund zur Klage. In einem geheimen Zusatzabkommen zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen der Ukrainischen Volksrepublik und den Mittelmächten hatte Österreich zugesichert, ein ukrainisches Kronland bestehend aus Ostgalizien und der Bukowina zu gründen. Zudem wurden Podlasien, das Cholmer Gebiet und Wolhynien der Ukrainischen Volksrepublik zugeschlagen.⁸¹

In Lemberg erschien die polnische Presse mit Trauerrand. Sie kritisierte in scharfen Leitartikeln die Territoriaentscheidungen. Die ge-

⁷⁹ Polizeidirektor Reinlender an die Statthalterei, 17.12.1916; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 5195, s. 20 f.; Polizeidirektor Reinlender an die Statthalterei, 3.3.1917; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 9, s. 55-60.

⁸⁰ Reinlender an MdI, 11.1.1918; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 197, s. 1 f.; Gegen eine Vereinigung mit Polen; Ukrainische Korrespondenz 4 (28.11.1917), H. 42/43, S. 1 ff.

⁸¹ Statthalter Huyn an MdI, 4.3.1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118.

heime Zusatzklausel über die Schaffung eines ukrainischen Kronlandes und die damit verbundene Teilung Galiziens rief „bei der polnischen Bevölkerung in Galizien und insbesondere in der Landeshauptstadt Lemberg einen maßlos gesteigerten Sturm der Erbitterung und Entrüstung“ hervor, der alle Gesellschaftsschichten erfasste.⁸² Vor dem Lemberger Mickiewicz-Denkmal und an anderen Plätzen wurden Anfang März Bilder des Kaisers und österreichische Fahnen verbrannt.⁸³ Polizeidirektor Reinlender berichtete, dass sich „unter der polnischen Bevölkerung in Lemberg eine kolossale Niedergedrücktheit und die grösste Gährung (sic!)“ bemerkbar gemacht habe. Am 12. Februar 1918 fand im Rathaus eine Versammlung mit 1500 Teilnehmern statt, auf der ein Redner den Frieden mit der Ukraine als einen „an den Polen begangenen Verrat“ bezeichnete. Die Versammlung schlug vor, den 18. Februar 1918 zum Nationaltrauertag auszurufen und mit einem Generalstreik zu verbinden.⁸⁴

Bedenklich für die österreichische Regierung war die hohe national-polnische Mobilisierung der Staatsbeamten, die sich am Generalstreik beteiligten.⁸⁵ „Bei den Demonstrationen am 18. Februar hat es sich gezeigt, dass die ganze polnische Beamtenschaft, die Professoren, Lehrer und die Geistlichkeit sich nur als Polen fühlen, der oesterreichische Gedanke war nicht zu finden.“⁸⁶

Im Unterschied zu den Polen waren die ukrainischen Eliten mit den Bestimmungen des Friedensvertrages zufrieden und organisierten Dankkundgebungen.⁸⁷ In Lemberg fand mit 12 000 Teilnehmern eine der größten ukrainischen Kundgebungen der Kriegszeit statt. Die Hälfte der Teilnehmer stammte aus umliegenden Dörfern. Die Kundgebung begann mit Gottesdiensten in allen griechisch-katholischen Kirchen, in denen die Gründung der Ukrainischen Volksrepublik gefeiert wurde. Schließlich zog die Menge ins Zentrum auf den Ringplatz, wo Kost' Levyc'kyj den Friedensvertrag begrüßte und die Tei-

⁸² Meldung aus Wadowice an Statthaltereie, 26.2.1918; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7159, s. 134 ff.

⁸³ Aufzeichnungen zu Unruhen in Galizien, März 1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118.

⁸⁴ Reinlender an MdI (hs. Entwurf), 13.2.1918; DALO, f. 350, op. 1, spr. 4052, s. 46-49.

⁸⁵ Aufzeichnungen zu Unruhen in Galizien, März 1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118.

⁸⁶ Statthalter Huyn an MdI, 4.3.1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118.

⁸⁷ Militärkommando in Przemyśl an Statthaltereie, 19.2.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1396, s. 315-324.

lung Galiziens forderte. Die Kundgebung verlief ruhig und schloss mit Hochrufen auf Kaiser Karl.⁸⁸

Die polnischen Proteste zeigten jedoch bald Wirkung, und das Cholmer Gebiet wurde in der neuen Fassung des Vertrags nicht mehr der Ukrainischen Volksrepublik zugeschlagen. Die Stimmung der Lemberger Ukrainer war nach den Änderungen des Friedensvertrages gedrückt. Ihr Vertrauen zu Österreich-Ungarn war nach der Renaissance der austropolnischen Variante erschüttert. Da sie auch von der Entente wenig erwarteten, sei der Grundton ihrer politischen Stimmung „eine vollständige Verzagtheit und Desorientierung“.⁸⁹

Nicht alles drehte sich in Lemberg um Politik. Konzentriert man sich lediglich auf diese politischen Konflikte, vergisst man leicht, dass sich im Kriegsalltag die ethnischen Grenzen verwischten. Teilweise verbanden sich soziale Konflikte mit nationalen und ethnischen Spannungen, teilweise überlagerten sie sie. Der Stadtverwaltung wuchsen im Krieg neue Aufgaben zu, die sie mit weniger Personal bewältigen musste. Einerseits musste sie die Bedürfnisse der Armee befriedigen, andererseits ging es um das Überleben der verarmten Bevölkerung und Zehntausender mittelloser Flüchtlinge. Die öffentlichen Küchen wurden weiter betrieben und private Wohltätigkeit massiv gefördert. Die österreichische Regierung gab der Stadt ein Darlehen von 6,5 Millionen Kronen und schoss 2,5 Millionen für den Bau von Straßen, Waisenhäusern und anderen sozialen Einrichtungen zu.⁹⁰

Die Versorgungslage gestaltete sich 1915/16 schlechter als während der russischen Besatzung.⁹¹ Viele Flüchtlinge wurden in ihre Heimatorte zurückgeschickt und dadurch die Versorgung der Stadt entlastet.⁹² Doch 18 846 Flüchtlinge blieben zunächst in provisorischen Unterkünften in der Stadt. Lemberg wimmelte von Bettlern, von denen nur etwa 250 untergebracht werden konnten.⁹³ Nach Mittei-

⁸⁸ Telegramm des Polizeidirektors Lemberg an MdI, 23.2.1918; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7159, s. 122; Bericht des Landesreferenten im Justizministerium für Ostgalizien, Hofrat von Dworski, 3.3.1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Angelegenheiten 22/2118.

⁸⁹ Bericht über Vorkommnisse in Galizien, 2.6.1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118; K.u.k. Kriegsministerium, Oberkommando-Nachrichtenabteilung an das MdI, Wien, 16.6.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1262 ff.

⁹⁰ Aufzeichnung über die Tätigkeit der Verwaltung der königlichen Hauptstadt Lemberg in der Zeit vom 1.7.1915 bis zum 31.12.1916 (poln.), 1917; CDIAL, f. 146, op. 8, spr. 1913.

⁹¹ K.u.k. Stadtkommando Lemberg an den k.u.k. Regierungskommissar Lemberg, 7.8.1915; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6013, s. 48.

⁹² K.u.k. Stadtkommando Lemberg an das Präsidium der Lemberger Polizeidirektion, 25.8.1915; DALO, f. 350, op. 1, spr. 3879.

⁹³ Die Stadt musste auch für die Einquartierung von Offizieren Wohnungen zur Verfügung stellen. Von Juli 1915 bis Dezember 1916 wurden 72 000 Einquartierungen vorgenommen.

lung der städtischen Versorgungsabteilung lebten im August 1915 nur 157 000 Zivilpersonen in Lemberg.⁹⁴ Doch stand zu erwarten, dass etwa 20 000 Flüchtlinge wieder nach Lemberg zurückkehren und die Versorgungslage und Wohnsituation belasten würden.⁹⁵

Die Getreideversorgung Ostgaliziens funktionierte nicht mehr. Nur durch die Duldung von Schmuggel konnte die Bevölkerung noch ernährt werden. Viele Lemberger mussten bei bitterer Kälte „ohne Kohle und Holz ihr Dasein fristen“.⁹⁶ Im Sommer 1915 wurden Mehl, Brot, etwas später Zucker und Fett, dann Kaffee und Petroleum und schließlich ab Herbst 1916 auch Kartoffeln rationiert. Als der Getreidehandel zusammenbrach, wurde die Stadt selbst zum Großhändler und erhöhte die Zahl ihrer Geschäfte von 22 auf 43. Die Versorgungsabteilung hatte täglich 30 000 Brote zur Verfügung, die in 23 Bäckereien hergestellt wurden. Am wichtigsten war die Beschaffung von Kartoffeln, die zum Hauptnahrungsmittel wurden. Die Volksküchen blieben ein Eckpfeiler der Ernährung der armen Bevölkerung. Die Versorgungsabteilung entwickelte sich zu einem Großbetrieb, der immer mehr Aufgaben übernahm. Betrug der Wert der verteilten Waren 1914 noch 7 Millionen Kronen, stieg er 1915 auf 22,625 Millionen an und erreichte allein im ersten Halbjahr 1916 46 Millionen Kronen. Schon im August 1915 konnten die Verbindungen nach Ungarn wieder hergestellt werden, und Vieh- und Kleinviehtransporte kamen in Lemberg an.⁹⁷

Während 1916 die Versorgung noch recht und schlecht funktionierte, wurde die Lage im Winter kritisch. Zunächst gab es Probleme mit dem Petroleumnachschub.⁹⁸ Es kam auch wiederholt zu Aufruhr, weil die zur Verteilung anstehenden Nahrungsmittel nicht ausreichten. Am 27. Januar 1917 strömten 800 Menschen, vor allem Frauen, zum Stadtkommando. Sie beschwerten sich, dass sie bei der kostenlosen Verteilung von Kartoffeln nicht mehr zum Zuge gekom-

Aufzeichnung über die Tätigkeit der Verwaltung der königlichen Hauptstadt Lemberg in der Zeit vom 1.7.1915 bis zum 31.12.1916 (poln.), 1917; CDIAL, f. 146, op. 8, spr. 1913.

⁹⁴ Dilo, 15.2.1916.

⁹⁵ Aufzeichnung über Zustände in Lemberg, vom Ministerium des Äußeren an Ministerpräsident Stürgkh, 30.12.1915; AVA, MdI, Präs., Allg. Abt. 22/2117.

⁹⁶ Denkschrift über die Zustände in Lemberg (Abschrift), Dezember 1915, übersandt vom Ministerium des Äußeren an Ministerpräsident Karl Stürgkh, 28.12.1915; AVA, MdI, Unruhen und Exzesse, 22/2117.

⁹⁷ Aufzeichnung über die Tätigkeit der Verwaltung der königlichen Hauptstadt Lemberg in der Zeit vom 1.7.1915 bis zum 31.12.1916 (poln.), 1917; CDIAL, f. 146, op. 8, spr. 1913.

⁹⁸ Schleicher an die Petroleum-Zentrale in Wien, 3.1.1917; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6173, s. 66-71.

men waren.⁹⁹ Die Zensurstelle des Innenministeriums konstatierte eine allgemeine Kriegsmüdigkeit unter Polen wie Ukrainern. Teuerung und Lebensmittelknappheit hatten zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage geführt.¹⁰⁰

Im März 1917 blies der inzwischen aus russischer Internierung entlassene stv. Regierungskommissar Schleicher Alarm. Das wohlhabende Erscheinungsbild Lembergs war einer sichtbaren Armut gewichen. Die Menschen waren verzweifelt und entmutigt: „An Stelle derer, die die Stadt verlassen haben, traten neue Scharen armer und verzweifelter Personen aus ganz Ostgalizien, die unter Zurücklassung von Hab und Gut nur ihr nacktes Leben retten konnten und hier in der Hauptstadt die Zahl derer vermehrten, die auf öffentliche Wohltätigkeit angewiesen sind.“¹⁰¹

Die gesetzlich festgelegte Brotration wurde von 1 260 g pro Person und Woche auf 1 000 g gesenkt. Da versprochene Mehllieferungen ausblieben, musste im März 1917 die Zuteilung um weitere 20 g täglich gekürzt werden. Die Volksküchen konnten nur weiter arbeiten, weil sie aus dem Königreich Polen etwas Hirse und Buchweizen erhalten hatten. Mehl und Hülsenfrüchte waren Mangelware, so dass Kartoffeln und Fleisch in ihrer Bedeutung weiter wuchsen. Doch auch hier herrschte Mangel. Die im Herbst 1916 eingeführten Kartoffelkarten sahen pro Person und Tag nur ein halbes Kilo vor. Doch im Frühjahr 1917 war die Stadt nicht einmal mehr in der Lage, diese Ration zu verteilen. Zwischen Januar und März 1917 halbierte sich die Fleischversorgung, und auch die Fettkarten konnten nicht mehr eingelöst werden. Die Milchzufuhr sank von 60 000 Liter täglich vor dem Krieg auf nunmehr 6 500 Liter. Butter und Käse waren kaum zu erhalten. Als Folge der ungenügenden Ernährung stiegen die Krankheitszahlen; erste Fälle von Flecktyphus wurden diagnostiziert. Die Zustände waren unhaltbar, und eine Hungersnot drohte. Die Eröffnung neuer Volksküchen war unumgänglich.¹⁰² Etwa 50 000 Menschen oder ein Viertel der Bevölkerung benötigten im Frühjahr 1917 Unterstützung.¹⁰³ Im Juni 1917 waren es schon 30 000

⁹⁹ Wachtmann Franz Schromm an die Militär-Polizeiwachabteilung in Lemberg, 27.1.1917; DALO, f. 350, op. 1, spr. 4329, s. 11.

¹⁰⁰ Stimmungsbericht der Zensurabteilung des Innenministeriums auf Grundlage zensierter Korrespondenz (Abschrift), 10.1.1917; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1387, s. 109 f.

¹⁰¹ Die Verwaltung der kgl. Landeshauptstadt Lemberg an das k.u.k. Armeekommando, 8.3.1917; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6213, s. 6-9.

¹⁰² Ebenda.

¹⁰³ Protokoll einer Sitzung des städt. Versorgungskomitees und Vertretern des provisorischen

Familien mit über 100 000 Personen, die auf Hilfe angewiesen waren. Kartoffeln waren nunmehr auf zwei Kilogramm pro Woche und Person rationiert worden. 20 000 Menschen erhielten in städtischen Hilfsküchen gegen geringes Entgelt oder unentgeltlich ihre Mahlzeiten.¹⁰⁴

Im Frühjahr 1918 drohte die Schließung der Volksküchen. Die Bevölkerung hatte im März 1918 schon zehn Wochen kein Mehl mehr erhalten. Die schlechte Ernährungssituation hatte zu einer erhöhten Sterblichkeit, besonders von Kindern, geführt.¹⁰⁵ Die österreichische Regierung hatte aber wenig Spielraum, Lemberg mit zusätzlichen Lebensmittellieferungen beizuspringen. Das ganze Reich litt unter Versorgungsproblemen. Am 9. Juni 1918 kam es in Lemberg zu Straßenunruhen, die morgens begannen und bis Nachmittag dauerten. 500 Frauen und Jugendliche hatten sich am Ringplatz versammelt und im Rathaus einige Fensterscheiben eingeschlagen. Die Polizei trieb die Menge auseinander und drängte sie in Seitengassen. Dort wurden einige Schaufensterscheiben eingeschlagen und die Auslagen der Geschäfte geplündert.¹⁰⁶

Der Lemberger Polizeidirektor Reinlender fürchtete jetzt soziale Unruhen nach „russischem oder ukrainischem Muster“. Die mangelnde Versorgung erschöpfe die Geduld der Menschen. Ebenso wichtig war aber die Sicherheitsfrage. In den Lemberger Vorstädten wimmelte es von Deserteuren und geflohenen Kriegsgefangenen, die sich zu Banden geformt hatten. Die wenigen Polizeiagenten und geschulten Polizeibeamten bekamen das Problem nicht in den Griff.¹⁰⁷

Im Frühjahr und Sommer 1918 häuften sich Berichte vom Land über Angriffe von Bauern auf Juden, die zumeist wirtschaftlich motiviert waren, aber oft mit Ritualmordvorwürfen begründet wurden.¹⁰⁸

Rates bei der Statthalterei in Biała am 17.4.1917, telefonisch übermittelt von Schleicher aus Wien am 20.4.1917; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6213, s. 10-13.

¹⁰⁴ Schleicher an das Präsidium des Ministerrats, 10.6.1917; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6213, s. 17-24.

¹⁰⁵ Stadtverwaltung Lemberg an den Minister für Galizien, Juliusz Twardowski, 21.3.1918; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6173, s. 77-81.

¹⁰⁶ Telegramm der Polizeidirektion Lemberg an MdI, 9.6.1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Angelegenheiten 22/2118.

¹⁰⁷ Reinlender an Statthalterei, 25.5.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1405, s. 1950-1956; Józef Skrzypek, *Ukraińcy w Austrii podczas wielkiej wojny i geneza zamachu na Lwów*, in: *Niepodległość 20* (1939), H. 53, S. 349-387, hier S. 357.

¹⁰⁸ Z.B. Starost in Stryzów an die Gemeindevorsteher seiner Starostei, 11.3.1918; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7162, s. 83; Polizeidirektor Reinlender an Statthalter (handschriftlicher Entwurf), 25.6.1918; DALO, f. 350, op. 1, spr. 4052; Bericht von Generalmajor Fischer

Der Generalmajor der Gendarmerie Fischer warf den jüdischen Händlern Preistreiberei vor, die er auf den „schrackenlosen Erwerbssinn des jüdischen Kaufmanns“ zurückführte.¹⁰⁹ Doch die jüdische Bevölkerung litt nicht weniger als die ukrainische oder polnische Bevölkerung. Das jüdische Hilfskomitee zählte im Juni 1918 59 655 Juden in Lemberg. Insgesamt 7 500 Familien mit 30 000 Angehörigen benötigten Hilfe, die Hälfte davon kostenlos.¹¹⁰

Im Juli und August 1918 schossen die Preise für Lebensmittel und Bekleidung in astronomische Höhen. Besonders mit Getreide wurde Wucher getrieben, da wegen fehlender staatlicher Lieferungen bereits seit Monaten freier Handel geduldet werden musste. Die schlechte Versorgungslage war nicht geeignet, die gereizte Stimmung der Bevölkerung zu mäßigen.¹¹¹

Die Statthalterei hielt zwar Unruhen aufgrund der Versorgungsschwierigkeiten für möglich, doch eine „ausgebreitete elementare Bewegung ist jedoch im Lande jedenfalls nur auf politischer, ideeller Grundlage denkbar.“¹¹² Die Frage der Zweiteilung Galiziens hielt Ukrainer wie Polen weiter in Atem. Alle österreichischen Quellen sprechen im Frühjahr/Sommer 1918 von einer hohen nationalen Mobilisierung der Polen. Die austropolnische Option hatte nur noch wenige Anhänger.¹¹³ Alle setzten auf einen Sieg der Entente und die Errichtung Polens in seinen alten Grenzen. Lediglich konservativ gesinnte Hochadlige und einige hohe Staatsbeamte hingen noch an Österreich.¹¹⁴ In Verbindung mit den Versorgungsproblemen entfaltete diese fortgeschrittene Nationalisierung der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen ihre besondere Dynamik.

Nr. 330 res, 22.8.1918; DALO, f. 257, op. 2, spr. 234, s. 13-17; Präsidium der k. und k. Statthalterei an alle k. und k. Starosten, 15.9.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1236-1239.

¹⁰⁹ Bericht Generalmajors Fischer Nr. 330 (auszugsweise Abschrift), 22.8.1918; DALO, f. 27, op. 2, spr. 234, s. 13-17.

¹¹⁰ Aufzeichnung des jüdischen Hilfskomitees; CDIAL, f. 505, op. 1, spr. 54.

¹¹¹ Referat des k.u.k. Statthaltereirates Wenz aus Lemberg auf einer Konferenz im Innenministerium in Wien am 28. August 1918, 28.8.1918; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 5197, s. 138-144.

¹¹² Ebenda.

¹¹³ K.u.k. Kriegsministerium, Oberkommando-Nachrichtenabteilung an das Mdl, Wien, 16.6.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1262 ff.

¹¹⁴ Rittmeister Hintz kommandiert beim Gendarmeriekommandanten für Galizien und die Bukowina in Czernowitz (in Vertretung unterzeichnet von Oberleutnant Riedl) Bericht über Vorkommnisse in Galizien an AOK Nachrichtenabteilung, Nachrichtenstelle in Lemberg und andere Empfänger, 2.6.1918; AVA, Mdl, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118.

Die materielle Notlage trieb die nationale Erbitterung auf die Spitze. Die Statthalterei stellte fest, dass die polnisch-nationale Bewegung gewachsen war und Beamten aller Kategorien und viele römisch-katholische Priester erfasst hatte. Auch die „Liga Kobiet“ („Frauenliga“) und Jugendliche waren national mobilisiert.¹¹⁵ Viele Polen betrachteten sich nicht mehr als der k. u. k. Monarchie zugehörig. Ein großer Teil der polnischen Mittel- und Volksschullehrer agitierte unermüdlich die Schuljugend, die ukrainischen Lehrer verhielten sich zumeist loyal.¹¹⁶ Das polnische wie das ukrainische Professorenkollegium sei national chauvinistisch gesinnt. „Die Geistlichkeit treibt – von den Bischöfen bis zu den Landpfarrern – ohne Unterschied der Konfession nationale Politik und missbraucht auch die Kanzel zur Aufstachelung nationaler Leidenschaften.“¹¹⁷

Im August begann sich die Führung der Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei konspirativ auf den Fall vorzubereiten, dass es zu Auseinandersetzungen mit Polen über die Zukunft Ostgaliziens kommen würde. Während sich geheime polnische Militärorganisationen schon länger in Lemberg konstituiert hatten, bildete sich ein geheimes ukrainisches Militärgeneralkommissariat, in das Angehörige der Ukrainischen *Sič*-Schützen (USS) und junge, bislang wenig bekannte Politiker eintraten. Die Mitglieder des Komitees nahmen Kontakte zu ukrainischen Soldaten in der k. u. k. Armee auf und versuchten auch eine Verbindung zu den in der Ostukraine stationierten Einheiten der *Sič*-Schützen herzustellen.¹¹⁸ In ländlichen Kreisen trieben ukrainische Legionäre nationale Propaganda,¹¹⁹ und auch die ukrainische Intelligenz regte sich immer stärker: „Ihr Gegensatz zu den Polen, die ihren kulturellen Aufstieg mit allen Mitteln zu hemmen suchen, ist beinahe ein unüberbrückbarer geworden.“¹²⁰

In Lemberg blieb es aber bis Ende Oktober 1918 ruhig. Polizei und Statthalterei waren nicht an einer Eskalation nationaler Konflikte in-

¹¹⁵ Bericht der Nachrichtenabteilung des AOK an MDI, 2.6.1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118. Bericht wird von Statthalterei für Bezirkshauptleute zusammengefasst. Statthalter an Bezirkshauptleute, 15.9.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1236-1231.

¹¹⁶ Bericht Generalmajors Fischer Nr. 330 (auszugsweise Abschrift), 22.8.1918; DALO, f. 27, op. 2, spr. 234, s. 13-17.

¹¹⁷ Rapport Generalmajor Fischers Nr. 190, 22.7.1918; DALO, f. 257, op. 2, spr. 234, s. 13 f.

¹¹⁸ Michał Klimecki, *Lwów 1918–1919*. Warszawa 1998, S. 29 f.

¹¹⁹ K.u.k. Statthalterei an alle k.u.k. Starosten (polnisch), 15.9.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1236-1239.

¹²⁰ Bericht Generalmajors Fischer Nr. 330 (auszugsweise Abschrift), 22.8.1918; DALO, f. 27, op. 2, spr. 234, s. 13-17.

teressiert, zensierten die Presse und blockierten scharf antisemitische Artikel. Während die öffentliche Kommunikation gesteuert werden konnte, sah es mit den privaten Gesprächen anders aus. Die Militär- und Polizeibehörden berichteten, dass das gespannte Verhältnis zwischen Polen, Ukrainern und Juden sich inzwischen auch auf die gesellschaftlichen Beziehungen und das Privatleben auswirkte.¹²¹

*

Die russische Besatzung untergrub die überkommene Ordnung, zerstörte sie aber nicht. Die unkluge und inkonsistente Politik der österreichischen Regierung brachte Ukrainer und Polen gegen sich auf, so dass am Ende nur noch die jüdische Bevölkerung uneingeschränkt zum Habsburgerreich stand. Die traditionell habsburgtreuen galizischen Ukrainer hielten zwar die Möglichkeit eines ukrainischen Kronlandes lange offen, doch hatte sie die wankelmütige österreichische Politik desillusioniert. Die beiden russischen Revolutionen öffneten schließlich den Weg für einen polnischen und einen ukrainischen Staat.

Nicht unterschätzen darf man die Auswirkungen der Versorgungskrise. Das Habsburgerreich war am Ende nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Dies unterminierte zusätzlich die Legitimität der alten Ordnung. Allein der Effektivität der Lemberger Stadtverwaltung war es zu verdanken, dass die Situation bis zuletzt unter Kontrolle war. Das gemeinsame Leiden hatte die ethnischen Gruppen jedoch nicht näher zusammen geführt. Zwar protestierten polnische, ukrainische und jüdische Frauen gemeinsam gegen den Versorgungsmangel, doch führte das Leiden auch zu wechselseitigen Anklagen. Viele Polen und Ukrainer hielten Juden kollektiv für Kriegsprofiteure und Denunzianten. In den Kriegsjahren wuchsen die Spannungen zwischen den drei großen ethnischen Gruppen der Stadt, ohne dass die Konflikte jedoch gewaltsam ausgetragen wurden. Die funktionierende Obrigkeit war ein wesentlicher Grund dafür, warum interethnische Gewalt in Lemberg bis zum Herbst 1918 selten war.

¹²¹ K. und k. Minister des Innern an den galizischen Statthalter mit einer Abschrift eines Berichtes des Militärkommandos in Przemyśl an das Kriegsministerium in Wien, 12.5.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1401, s. 1026-1032; K. und k. Ministerium für Landesverteidigung an das MdI (Abschrift), 4.9.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1403, s. 1428-1432; Präsidium der k. und k. Statthaltereien an alle k. und k. Starosten, 15.9.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1236-1239.

Der Erste Weltkrieg brachte für Lemberg einen gewaltigen Nationalisierungsschub. Polen und Ukrainer standen sich gegenseitig bei dem Versuch im Wege, einen eigenen Nationalstaat zu erreichen. Nach vier Weltkriegsjahren und vielfältigen Gewalterfahrungen waren die galizischen Ukrainer und Polen bereit, mit der Waffe in der Hand um die Zugehörigkeit Lembergs und Ostgalizien zu einen polnischen Staat oder zur unabhängigen Ukraine zu kämpfen. Am 1. November 1918 brach die österreichische Herrschaft in Lemberg zusammen. Ein Ukrainisches Nationalkomitee übernahm die Macht und schlug damit ein neues Kapitel in der Geschichte Lembergs auf. Der ukrainisch-polnische Krieg in und um Lemberg hatte begonnen.